



Exposé zum Dissertationsvorhaben

**„Der unionsrechtliche Rahmen zum Umgang mit rechtswidrigen  
und schädlichen Inhalten auf Online-Plattformen – Kohärenz und  
Perspektiven am Beispiel der Video-Sharing-Plattformen“**

(Arbeitstitel)

vorgelegt von

Mag.<sup>a</sup> Julia Zöchling

Betreuer

Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Jaeger, LL.M.

Wien, Oktober 2023

Studienkennzahl:	A 783 101
Dissertationsgebiet:	Europarecht
Angestrebter akademischer Grad:	Doktorin der Rechtswissenschaften (Doctor iuris)
Dissertantin:	Mag. <sup>a</sup> Julia Zöchling
Matrikelnummer:	01440739

## Inhalt

I. Forschungsfragen und Zielsetzung .....	3
II. Problemaufriss .....	4
III. Gang der Untersuchung und Themeneingrenzung .....	7
IV. Stand der Forschung.....	8
V. Methodik .....	10
VI. Vorläufige Gliederung .....	12
VII. Vorläufiges Literaturverzeichnis .....	13
VIII. Zeitplan.....	17

## I. Forschungsfragen und Zielsetzung

Die in den letzten fünf Jahren rasant erhöhte Regulierungsintensität für Online-Plattformen wirft die Frage auf, ob damit genau definierten und begründeten Regulierungszielen in angemessener Weise zum Durchbruch verholfen wird.

Die dem vorliegenden Dissertationsprojekt zugrundeliegende Hypothese lautet demnach:

„Die unionsrechtliche Regulierung von (Video-Sharing-)Plattformen ist im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung angemessen. Mit den verschiedenen auf (Video-Sharing-)Plattformen anwendbaren Bestimmungen wird ein kohärentes Regelungskonzept verfolgt.“

Um diese Hypothese zu überprüfen, stellen sich die folgenden Forschungsfragen:

1. „Wie hat sich die Regulierung von digitalen (Video-Sharing-)Plattformen entwickelt?“
  1. „Welche für Video-Sharing-Plattformen relevanten Bestimmungen zum Umgang mit rechtswidrigen und schädlichen Inhalten finden sich in Unionsrechtsakten? Welche Pflichten statuieren sie und welche Schutzziele verfolgen sie im Einzelnen?“
  2. „Lassen sich aus der bisherigen Gesetzgebungsaktivität und der einschlägigen EuGH-Rsp Prinzipien für die Plattformregulierung induzieren? Welche Konsequenzen sind daraus für die Auslegung bestehender Rechtsakte zu ziehen?“
  3. „Sind die untersuchten Bestimmungen – am Beispiel der Anwendung auf Video-Sharing-Plattformen – kohärent bzw lassen sie sich in kohärenter Weise interpretieren? Wenn nein, durch welche Maßnahmen könnte die Kohärenz, auch im Hinblick auf zukünftige Rechtsakte, verbessert werden?“

Die Intention des vorliegenden Dissertationsprojekts ist es somit, die Entwicklung der Plattformregulierung auf Unionsebene darzustellen und ihre geltende Ausformung einer Kohärenzanalyse zu unterziehen. Die Konzentration auf die für Video-Sharing-Plattform-Dienste geltenden Regelungen ist aus mehreren Gründen zielführend: Erstens waren Video-Sharing-Plattformen der erste Plattfortmty, der einer expliziten Regulierung auf Unionsebene zugeführt

wurde.<sup>1</sup> Diese kann daher als Meilenstein in der Entwicklung der unionsrechtlichen Plattformregulierung angesehen werden. Zweitens erlaubt die Fokussierung auf einen spezifischen, aber gesellschaftlich besonders relevanten Plattfortmtyt die Eingrenzung des Dissertationsprojekts.

## II. Problemaufriss

Die Regulierung von digitalen Plattformen bzw Vermittlungsdiensten stellte in den letzten Jahren ein zentrales Anliegen des Unionsgesetzgebers dar. Mithilfe der mittlerweile zahlreichen Regelwerke – häufig in Form von Verordnungen – versucht die Union, ein langjähriges Regelungsdefizit in Bezug auf die Digitalwirtschaft aufzuholen. Dass die Plattformregulierung eine Querschnittsmaterie ist und die Grenzen zwischen bürgerlichem und öffentlichem Recht verschwimmen lässt, zeigt sich an den verschiedenen Rechtsinstrumenten, von denen beispielhaft das Gesetz über Digitale Dienste<sup>2</sup>, das Gesetz über Digitale Märkte<sup>3</sup>, die Novellierung der AVMD-RL<sup>4</sup> im Jahr 2018, die Terroristische-Inhalte-VO<sup>5</sup>, Art 17 der DSM-RL<sup>6</sup>, die Portabilitäts-VO<sup>7</sup>, die P2B-VO<sup>8</sup> oder der Vorschlag zum European Media Freedom Act<sup>9</sup> zu nennen sind.

Die hohe Schlagzahl beim Erlass neuer Rechtsakte führt allerdings zu einer gewissen Unübersichtlichkeit, zumal das Zusammenspiel zwischen horizontal und sektoral anwendbaren nicht

---

<sup>1</sup> Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten, ABI L 2018/303, 69

<sup>2</sup> Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABI L 2022/277, 1.

<sup>3</sup> Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreithbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte), ABI L 2022/265, 1.

<sup>4</sup> Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste), ABI L 2010/95, 1 idF RL (EU) 2018/1808.

<sup>5</sup> Verordnung (EU) 2021/784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2021 zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, ABI L 2021/172, 79.

<sup>6</sup> Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG, ABI L 2019/130, 92.

<sup>7</sup> Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt, ABI L 2017/168, 1.

<sup>8</sup> Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten, ABI L 2019/186, 57.

<sup>9</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU, COM(2022) 457 final, insb Art 14, 17.

eindeutig aufgelöst wird. Die Entwicklung der unionsrechtlichen Plattformregulierung nachzuzeichnen und die Kohärenz dieser Bestimmungen unter die unionsrechtliche Lupe zu nehmen, ist daher Gegenstand des gegenständlichen Dissertationsprojekts.

Es nimmt dabei beispielhaft auf die Regulierung von sog Video-Sharing-Plattform-Diensten (VSPD), wie etwa *Youtube*, Bezug. Das Beispiel dieser Plattformen veranschaulicht die gegenständliche Regulierungsentwicklung besonders gut, da VSPD ursprünglich als bloße Vermittler ohne redaktionelle Verantwortung für die vermittelten audiovisuellen Inhalte nicht in den Anwendungsbereich der AVMD-RL einbezogen waren. Erst mit der Novelle der AVMD-RL im Jahr 2018 folgten spezifische Bestimmungen für VSPD,<sup>10</sup> die der Bedeutung dieser Plattformen für die Verbreitung, die Präsentation und die Monetarisierung audiovisueller Medien Rechnung tragen. Bei der Novelle der AVMD-RL handelte es sich aber nicht nur um eine Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens für audiovisuelle Mediendienste, sondern um die erstmalige inhaltsbezogene Regulierung von digitalen Plattformen überhaupt.

Nachdem in den frühen 2000er-Jahren mit der E-Commerce-Richtlinie (ECRL) eine umfassende Haftungsfreistellung für Vermittlungsdienste in Bezug auf die von ihnen vermittelten Inhalte unionsrechtlich verankert wurde, gab es vom Unionsgesetzgeber nämlich bis zur soeben erwähnten Novellierung der AVMD-RL im Jahr 2018 wenig Neues. Wenn es dabei zu einem Regelungsrückstand gekommen ist, so wurde dieser in den letzten fünf Jahren zumindest teilweise abgebaut. Im Bereich der Regulierung des digitalen Raums hat der Unionsgesetzgeber seitdem eine besonders hohe Aktivität vorzuweisen, die zu einer nachhaltigen Abkehr von der Vorstellung des Internets als ‚rechtsfreien Raum‘ führt. Die im Jahr 2022 beschlossenen Gesetze über digitale Dienste und digitale Märkte stellen dabei nur die prominentesten Regelwerke dar.<sup>11</sup>

Dieser rasante regulatorische Wandel spiegelt den – noch rasanteren – Wandel bei der Realität der Internetnutzung wider: Die Nutzung von Internetplattformen, insb in der Form sozialer Medien, steigt kontinuierlich.<sup>12</sup> Diese Plattformen haben wegen ihrer Mehrseitigkeit und der daraus resultierenden Netzwerkeffekte – dh die Bedienung mehrerer Nutzergruppen, bei der die

---

<sup>10</sup> Art 28a und 28b AVMD-RL.

<sup>11</sup> Siehe beispielhaft die in Fn 4-9 genannten Rechtsakte.

<sup>12</sup> Für Österreich siehe etwa GfK Austria im Auftrag von RTR Medien und AGTT, *Bewegtbildstudie 2023*, 24 ff, abrufbar unter <https://www.rtr.at/medien/aktuelles/publikationen/Publikationen/nin/Bewegtbildstudie2023.de.html> (zuletzt abgerufen am 4. 10. 2023).

stärkere Präsenz einer Nutzergruppe die Attraktivität der Plattform für die jeweils andere Nutzergruppe erhöht – eine besonders hohe Konzentrationstendenz.<sup>13</sup> Da Plattformen von der Zusammenführung dieser Nutzergruppen und den Austausch von Inhalten wirtschaftlich profitieren und über einen direkten technischen Zugriff auf die ausgetauschten Inhalte verfügen, erscheint es naheliegend, sie in Bezug auf illegale Aktivitäten und mögliche schädliche Auswirkungen ihres Dienstes in die Pflicht zu nehmen.<sup>14</sup>

Der Rückgriff auf Intermediäre als Regulierungssubjekte erlaubt es, mit für dem Gesetzgeber relativ geringem Aufwand eine Vielzahl von Handlungen in der digitalen Sphäre zu überwachen bzw von Intermediären überwachen zu lassen. Staatstypische Aufgaben wie das Aufstellen von Regeln und die Kontrolle über illegale Inhalte werden dabei nur schematisch vorgezeichnet und deren Umsetzung an private Akteure delegiert, die, häufig über ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen, den demokratischen Diskurs in rechtskonforme und gesellschaftlich akzeptable Bahnen lenken sollen.<sup>15</sup>

Aufgrund der innovativen Regulierungsansätze, die die für Plattformen relevanten Unionsrechtsakte kennzeichnen, ist noch weitgehend offen, wie sie in der Praxis funktionieren und ob sie ihre jeweiligen Ziele vollumfänglich erreichen können. Auch die Rechtsprechung des EuGH zu Gültigkeit und Auslegung plattformrelevanter Bestimmungen steckt noch in den Kinderschuhen, wenngleich sich daraus bereits einige wichtige Prinzipien ableiten lassen.<sup>16</sup> Vor diesem Hintergrund erscheint die Untersuchung der Hintergründe, der Zielsetzung und der Kohärenz des einschlägigen Rechtsrahmens für Video-Sharing-Plattformen als wichtiger Baustein, um die Zukunftssicherheit der geltenden Plattformregeln zum Umgang mit rechtswidrigen und schädlichen Inhalten zu bewerten.

---

<sup>13</sup> *Just*, Kommunikationsplattformen: Entwicklung, Funktionen und Märkte, in *Grabenwarter/Holoubek/Leitl-Staudinger* (Hrsg), REM 22: Regulierung von Kommunikationsplattformen. Aktuelle Fragen der Umsetzung (2023) 4 ff.

<sup>14</sup> *Pollicino*, The quadrangular shape of the geometry of digital power(s) and the move towards a procedural digital constitutionalism, *ELJ* 2023, 1-21.

<sup>15</sup> Siehe etwa *Husovec*, (Ir)Responsible Legislature? Speech Risks under the EU's Rules on Delegated Digital Enforcement, *SSRN Journal* 2021; *Quintais/Appelman/Ó Fathaigh*, Using Terms and Conditions to apply Fundamental Rights to Content Moderation, *German Law Journal* 2023, 881-911 (881 ff).

<sup>16</sup> Siehe zB EuGH C-401/19, *Polen/Parlament und Rat*, ECLI:EU:C:2022:297; EuGH C-682/18, *Youtube und Cyando*, ECLI:EU:C:2021:503; EuGH C-18/18, *Glawischnig-Piesczek*, ECLI:EU:C:2019:821.

### III. Gang der Untersuchung und Themeneingrenzung

Die Untersuchung besteht iW aus vier aufeinander aufbauenden Teilen:

Nach einem Einführungskapitel wird zunächst die Entwicklung der Plattformregulierung auf Unionsebene dargestellt. Nach einer Erläuterung der primärrechtlichen Grundlagen und der Kompetenzverteilung sowie der grundrechtlichen Rahmenbedingungen für die Plattformregulierung wird die historische Entwicklung der Regelungsinstrumente dargestellt. Die Identifikation der relevanten Normen erfolgt anhand der charakteristischen Merkmale von (Video-Sharing-)Plattformen, die eingangs erläutert werden. Zentrales Regelungsinstrument ist anfänglich die E-Commerce-RL: Behandelt wird der Kontext ihres Erlasses, ihr Regelungsgehalt und die Auslegung ihrer plattformrelevanten Bestimmungen durch den EuGH. Vor diesem Hintergrund wird im Anschluss die Entstehungsgeschichte der rezenten, mehr oder weniger spezifisch auf (Video-Sharing-)Plattformen zielenden unionsrechtlichen Bestimmungen beleuchtet.

Im zweiten Teil werden jene unionsrechtlichen Bestimmungen einer inhaltlichen Analyse unterzogen. Ziel ist es, ihren Regelungsgehalt zu erfassen, das Zusammenspiel der verschiedenen Rechtsakte auszuloten und mögliche Inkohärenzen sowohl zwischen den Rechtsakten als auch im Hinblick auf die Unionsgrundrechte und –freiheiten aufzudecken.

Drittens werden aus der geltenden Plattformgesetzgebung, soweit möglich, gemeinsame Prinzipien induziert. Diese werden mit der EuGH-Rsp zur Bedeutung und zum Ausgleich der Grundrechte im digitalen Raum und auf Plattformdiensten gespiegelt. Ziel ist es, den roten Faden der einschlägigen Bestimmungen nachzuzeichnen und zu überprüfen, ob dieser auch unter Berücksichtigung der EuGH-Rsp Bestand hat.

Vor diesem Hintergrund erfolgt im vierten Teil eine Gesamtbewertung der unionsrechtlichen Bestimmungen zur Regulierung von (Video-Sharing-)Plattformen. Schließlich soll die Frage beantwortet werden, ob die geltenden Regeln zum Umgang mit rechtswidrigen und schädlichen Inhalten kohärent sind.

In einer Conclusio werden die Ergebnisse des Dissertationsprojekts in Form von Thesen dargestellt.

Eingegrenzt wird das Dissertationsprojekt zum einen durch die Fokussierung auf plattformspezifische unionsrechtliche Bestimmungen. Plattformanbieter haben sich selbstverständlich an alle geltenden Gesetze zu halten, doch vergleichsweise wenige Rechtsakte haben das Ziel, gerade jene Aspekte der Bereitstellung eines Dienstes zu adressieren, die sich aus der Eigenschaft

als Plattformdienst ergeben. Die Parameter für die Bestimmung, wann eine unionsrechtliche Norm überhaupt als plattformspezifisch anzusehen ist, werden im Rahmen des Dissertationsprojekts näher erläutert.

Zum anderen konzentriert sich das Dissertationsprojekt auf Video-Sharing-Plattform-Dienste. Damit wird eine ausufernde Betrachtung vermieden, die auf die speziellen Merkmale verschiedener Plattformen eingehen muss. Dennoch erlaubt diese Eingrenzung eine umfassende Betrachtung der geltenden Plattformregeln, da Video-Sharing-Plattformen als Medienintermediäre, Foren zum Meinungsaustausch der Nutzer und Werbeträger die wirtschaftlich und demokratiepolitisch wichtigsten – und daher von neueren Rechtsakten adressierten – Plattformfunktionen vereinen.

## IV. Stand der Forschung

Fragen der Plattformregulierung erhalten – auch unter dem Schlagwort des ‚digitalen Konstitutionalismus‘<sup>17</sup> – verhältnismäßig viel Aufmerksamkeit im rechtswissenschaftlichen Schrifttum.<sup>18</sup>

Was spezifisch die Bestimmungen zum Umgang mit rechtswidrigen und schädlichen Inhalten auf Plattformen betrifft, finden sich bereits einige rechtswissenschaftliche Aufsätze, auch wenn

---

<sup>17</sup> Begriffsprägend *Suzor*, Digital Constitutionalism: Using the Rule of Law to Evaluate the Legitimacy of Governance by Platforms, Social Media + Society 2018; für Europa siehe *Bradford*, Europe’s Digital Constitution, verfassungsblog.de (Stand 6. 9. 2023).

<sup>18</sup> Siehe zB die Beiträge in *Grabenwarter/Holoubek/Leistner* (Hrsg), REM 22: Regulierung von Kommunikationsplattformen (2022); *Denga*, Plattformregulierung durch europäische Werte. Zur Bindung von Meinungsplattformen an EU-Grundrechte, EuR 2021, 569–596; *Kettemann/Schulz/Fertmann*, Anspruch und Wirklichkeit der Plattformregulierung. Kommissionsentwürfe der Rechtsakte zu digitalen Diensten und Märkten, ZRP 2021, 138; *Steinrötter*, EU-Plattformregulierung und der Wettbewerb der Regelsetzer, EWS 5/2022, 1; *Flew/Martin*, Digital Platform Regulation. Global Perspectives on Internet Governance (2022); *Buiten*, The Digital Services Act: From Intermediary Liability to Platform Regulation, JIPITEC 2022, 361-380; *van der Donk*, European Views on the Privatization of the "Online Public Space", <https://leibniz-hbi.de/de/blog/european-views-on-the-privatization-of-the-online-public-space> (3. 11. 2022).



die zugehörigen Rechtsakte erst kürzlich erlassen wurden.<sup>19</sup> In Bezug auf den Grad der wissenschaftlichen Durchdringung hervorzuheben ist dabei Art 17 DSM-RL,<sup>20</sup> dessen Rechtmäßigkeit unter dem Stichwort ‚Upload-Filter‘ kontrovers diskutiert und vom EuGH letztlich bestätigt wurde.<sup>21</sup>

Auch zu den Haftungsprivilegien und dem Verbot allgemeiner Überwachungspflichten der E-CRL 2000 existiert bereits eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten.<sup>22</sup> Dies ist insofern von Relevanz, als der Unionsgesetzgeber diese zentralen Bestimmungen der ECRL in viele neue, plattformrelevante Rechtsakte überführt hat, teilweise in leicht modifizierter Form. Das gegenständliche Dissertationsprojekt wird auf dieser Forschung aufbauen und sie für die Auslegung und Bewertung der neueren Rechtsakte nutzbar machen.

---

<sup>19</sup> Zur AVMD-RL siehe zB: *Raji*, Kollisionen der Plattformregulierung des Entwurfs der Kommission zur AVMD-RL mit der geltenden E-Commerce-RL, AfP 2017, 192-196. Zur Terroristische-Inhalte-VO siehe zB: *Rojszczak*, Gone in 60 Minutes: Distribution of Terrorist Content and Free Speech in the European Union, Democracy and Security 2023, 1–31; *Voigt/Eschborn/Bastians*, Weitreichende neue Pflichten für Host-Provider: Kurzanalyse der Verordnung zur Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, MMR 2022, 727–730; Zum DSA siehe zB: *Buchheim*, Der Kommissionsentwurf eines Digital Services Act - Regelungsinhalte, Regelungsansatz, Leerstellen und Konfliktpotential, in *Spiecker gen. Döhmann/Westland/Campos* (Hrsg), Demokratie und Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert - zur Macht des Digitalen<sup>1</sup> (2022) 249-272; *Wilman*, The Digital Services Act (DSA) - An Overview, SSRN Journal 2022; *Turillazzi/Casolari/Taddeo/Fioridi*, The Digital Services Act: An Analysis of Its Ethical, Legal, and Social Implications, SSRN Journal 2022; *Raue*, "Unberührt" - das Verhältnis von DSA zu DSM-RL und zum Urh-DaG, ZUM 2023, 160.

<sup>20</sup> Siehe zB *Ågren*, Will article 17 of the Directive on Copyright in the Digital Single Market alter the fair balance between copyright and the freedom of expression and information? (2022); *Brieske/Peukert*, Coming into Force, not Coming into Effect? The Impact of the German Implementation of Art. 17 CDSM Directive on Selected Online Platforms (2022); *Daum*, Verantwortlichkeit von Online-Portalen nach Art 17 DSM-RL, MR 2019, 229; *Geiger/Jütte*, Platform Liability Under Art. 17 of the Copyright in the Digital Single Market Directive, Automated Filtering and Fundamental Rights: An Impossible Match, GRUR Int 2021, 517–543; *Krokida*, Deciphering article 17 of the digital copyright Directive and its compatibility with freedom of expression and information following Republic of Poland v European Parliament (C-401/19), European Law Review 2023, 348–361; *Quintais/Frosio/van Gompel/Hugenholtz/Husovec/Jütte/Senfileben*, Safeguarding User Freedoms in Implementing Article 17 of the Copyright in the Digital Single Market Directive: Recommendations from European Academics, JIPITEC 2020, 277–282; *Rosati*, What does the CJEU judgment in the Polish challenge to Article 17 (C-401/19) mean for the transposition and application of that provision? The IPKat Blog (Stand 11. 5. 2022); *Senfileben/Angelopoulos*, The Odyssey of the Prohibition on General Monitoring Obligations on the Way to the Digital Services Act: Between Article 15 of the E-Commerce Directive and Article 17 of the Directive on Copyright in the Digital Single Market (2020); *Spindler*, The Liability system of Art. 17 DSMD and national implementation – contravening prohibition of general monitoring duties? JIPITEC 2020, 344–374; *Spoerri*, On Upload-Filters and other Competitive Advantages for Big Tech Companies under Article 17 of the Directive on Copyright in the Digital Single Market, JIPITEC 2019, 173–186.

<sup>21</sup> EuGH C-401/19, *Polen/Parlament und Rat*, ECLI:EU:C:2022:297.

<sup>22</sup> Siehe zB *Holznagel*, Der Konflikt zwischen Art. 15 E-Commerce-RL und pro-aktiven Verhinderungspflichten von Host-Providern. Zugleich Anmerkung zu OHG Wien, Beschluss vom 25.10.2017 - 6 Ob 116/17b, ZUM 2018, 350-357; *Angelopoulos*, Intermediary Liability, Fundamental Rights and the Digital Services Act, EU Law Live Weekend Edition Nr 42/2020, 20-33; *Wilman*, Two emerging principles of EU internet law: A comparative analysis of the prohibitions of general data retention and general monitoring obligations, Computer Law & Security Review 2022; *Field-Papuga*, The evolution of liability exemption into algorithmic responsibility, MMR 2022, 453-461.

Eine rechtswissenschaftliche Studie, die die medienrelevante EU-Gesetzgebung aus einer Kohärenzperspektive beleuchtet, stammt aus 2020.<sup>23</sup> Einerseits liegt ihr Fokus aber nicht auf Plattformdiensten; andererseits beleuchtet sie die Rechtslage vor Erlass des Digital Services Act im Jahr 2022 und ist insofern teilweise überholt. Ein weiterer Aufsatz beschäftigt sich mit der Kohärenz des EU-Rechtsrahmens zum Einsatz von Filtertechnologien bei der Inhaltmoderation<sup>24</sup> und betrifft damit einen Themenbereich, der auch im Rahmen der gegenständlichen Dissertation behandelt wird. Die Analyse bezieht sich aber ebenfalls auf die Rechtslage vor Inkrafttreten des DSA.

Eine rechtswissenschaftliche Analyse, die sich nicht nur einzelnen Bestimmungen, sondern der Kohärenz des Rechtsrahmens zum Umgang mit rechtswidrigen und schädlichen Inhalten auf Online-Plattformen insgesamt widmet, existiert noch nicht. Diese Lücke soll durch das gegenständliche Dissertationsprojekt geschlossen werden.

## V. Methodik

Da eine große Anzahl an Unionsrechtsakten existiert, die mit der Digitalwirtschaft in Zusammenhang stehen, ist es nötig, eine Auswahl zu treffen. Zu diesem Zweck werden Kriterien entwickelt, anhand derer nachvollzogen werden kann, welche Rechtsakte aus welchem Grund im Rahmen der Dissertation behandelt werden. *Prima facie* werden zwei Kriterien zentral sein: Der persönliche Anwendungsbereich muss spezifisch auf Plattformen zugeschnitten sein und der sachliche Anwendungsbereich muss den Umgang mit rechtswidrigen und/oder schädlichen (geistigen) Inhalten, nicht mit rechtswidrigen (körperlichen) Produkten, betreffen. Eine genaue Darlegung und Rechtfertigung dieser Kriterien erfolgt im Einführungskapitel zu den relevanten Rechtsakten.

Der Sinngehalt der untersuchten rechtlichen Bestimmungen wird mithilfe der gängigen juristischen Interpretationsmethoden<sup>25</sup> – grammatikalische, systematische, historische, teleologische und, speziell im europäischen Kontext, rechtsvergleichende Auslegung – erfasst, wobei der Auslegung von Unionsrecht durch den EuGH, sofern für eine konkrete Vorschrift vorhanden,

---

<sup>23</sup> Dreyer/Heyer/Seipp/Schulz, Die europäische Kommunikations-(Un)ordnung. Mapping der medienrelevanten EU-Rechtsakte und Identifikation von Abhängigkeiten, Schnittbereichen und Widersprüchen (2020).

<sup>24</sup> Rojszczak, Online content filtering in EU law – A coherent framework or jigsaw puzzle? Computer Law & Security Review 2022, 105739.

<sup>25</sup> Siehe etwa Riesenhuber, Europäische Methodenlehre (2021) 292 ff; Kerschner, Wissenschaftliche Arbeitstechnik und Methodenlehre für Juristen (2014) 35 ff.

wegen ihrer Allgemeinverbindlichkeit der Vorzug zu geben ist. Nichtsdestotrotz soll die Auslegung durch den EuGH nicht kritiklos hingenommen, sondern ihre Nachvollziehbarkeit wiederum entlang der klassischen juristischen Auslegungsmethoden gespiegelt werden.

Das Kapitel, das sich mit den Prinzipien der Plattformregulierung beschäftigt, wird durch einen Vergleich der untersuchten Bestimmungen unter Einbeziehung der EuGH-Rsp bewältigt. Darauf aufbauend werden gemeinsame Prinzipien induziert und dargestellt, um sie für die Kohärenzanalyse nutzbar zu machen.

Bei der Bewertung der Kohärenz des Rechtsrahmens ist zunächst ein Kohärenz-Maßstab zu definieren. Als noch zu verfeinernder Ausgangspunkt dient dabei der in den Verträgen niedergelegte Grundsatz, der den Organen der Union aufträgt, die Kohärenz ihres Handelns sicherzustellen.<sup>26</sup> Unter Rückgriff auf die gängigen Auslegungsmethoden wird versucht, mögliche Widersprüche aufzudecken und aufzulösen. Der teleologischen Methode kommt in diesem Rahmen insofern eine überragende Bedeutung zu, als die Kohärenz des Rechtsrahmens maßgeblich im Hinblick auf die Ziele, die mit den untersuchten Regelungen verfolgt werden, bewertet werden muss.

Der Schlussteil der Dissertation ist *va* rechtspolitisch ausgestaltet. Auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse wird diskutiert, wie mit bestehenden Inkohärenzen umzugehen und künftige Inkohärenzen vermieden werden können.

---

<sup>26</sup> Art 13 Abs 1 EUV, Art 7 AEUV; näher *Schuster*, Das Kohärenzprinzip in der Europäischen Union (2017).

## VI. Vorläufige Gliederung

### 1. Einleitung

- 1.1. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand
- 1.2. Zentrale Fragestellung und Gang der Untersuchung
- 1.3. Untersuchungsmethoden und Zielsetzung
- 1.4. Begriffsbestimmung

### 2. Rechtliche Rahmenbedingungen für VSPD

- 2.1. Kriterien für die Auswahl der Rechtsakte und Bestimmungen
- 2.2. Relevante Rechtsakte
  - 2.2.1. E-Commerce-RL
  - 2.2.2. Gesetz über Digitale
  - 2.2.3. AVMD-RL (Bestimmungen über Video-Sharing-Plattform-Dienste)
  - 2.2.4. Art 17 DSM-RL
  - 2.2.5. Terroristische-Inhalte-VO
  - 2.2.6. Sonstige, mittelbar relevante Rechtsakte
  - 2.2.7. Verordnungsvorschläge
- 2.3. Systematisierung der relevanten Bestimmungen
- 2.4. Verhältnis der Bestimmungen zueinander
- 2.5. Zwischenfazit

### 3. Übergreifende Prinzipien der Plattformgesetzgebung

- 3.1. Plattformdienste als neutrale Vermittler
- 3.2. Verbot allgemeiner Überwachungspflichten
- 3.3. Grundrechtsschutz und -ausgleich
- 3.4. Sorgfalts- vs Ergebnisspflichten
- 3.5. KI und menschliche Beteiligung an der Inhaltsmoderation
- 3.6. Zwischenfazit

### 4. Kohärenz des Rechtsrahmens für VSPD

- 4.1. Kohärenz der Anwendungsbereiche
- 4.2. Kohärenz im Lichte der Kompetenzverteilung
- 4.3. Kohärenz im Lichte der Grundfreiheiten
- 4.4. Kohärenz im Lichte der Grundrechte
- 4.5. Zwischenfazit

### 5. Zusammenfassung in Thesen

## VII. Vorläufiges Literaturverzeichnis

*Achleitner*, Der Digital Services Act als risikobasierte Regulierung Zu den Auswirkungen des risikobasierten Ansatzes des DSA auf Desinformation und den Grundrechtsschutz, MR-Int 2022, 114-121.

*Achleitner*, Revision der Grenzen der Meinungsfreiheit? Soziale Netzwerke im Lichte der unmittelbaren Drittwirkung der Grundrechte, in *Bajlicz/Bohnert/Ganglbauer/Gärner/Petermair/Ponader/Tilzer/Werderitsch* (Hrsg), Recht im Umbruch - Umbruch im Recht. Tagung der Österreichischen Assistentinnen und Assistenten Öffentliches Recht<sup>1</sup> (2022) 3–30.

*Ågren*, Will article 17 of the Directive on Copyright in the Digital Single Market alter the fair balance between copyright and the freedom of expression and information? (2022).

*Angelopoulos*, Intermediary Liability, Fundamental Rights and the Digital Services Act, EU Law Live Weekend Edition Nr 42/2020, 20–33.

*Bajlicz/Bohnert/Ganglbauer/Gärner/Petermair/Ponader/Tilzer/Werderitsch* (Hrsg), Recht im Umbruch - Umbruch im Recht. Tagung der Österreichischen Assistentinnen und Assistenten Öffentliches Recht 11<sup>1</sup> (2022).

*Barral Martínez*, Platform regulation, content moderation, and AI-based filtering tools: Some reflections from the European Union, JIPITEC 2023, 211.

*Berka/Holoubek/Leitl-Staudinger* (Hrsg), REM 19: Die Revision der Audiovisuelle- Mediendienste-Richtlinie. Aktuelle Fragen der Umsetzung Band 19 (2020).

*Berz/Engel/Hacker*, Generative KI, Datenschutz, Hassrede und Desinformation – Zur Regulierung von KI-Meinungen, ZUM 2023, 586–594.

*Brieske/Peukert*, Coming into Force, not Coming into Effect? The Impact of the German Implementation of Art. 17 CDSM Directive on Selected Online Platforms (2022).

*Broughton Micova/Calef*, Elements for Effective Systemic Risk Assessment Under the DSA (2023).

*Buchheim*, Der Kommissionsentwurf eines Digital Services Act – Regelungsinhalte, Regelungsansatz, Leerstellen und Konfliktpotential, in *Spiecker gen. Döhmman/Westland/Campos* (Hrsg), Demokratie und Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert - zur Macht des Digitalen<sup>1</sup> (2022) 249–272.

*Buiten*, The Digital Services Act: From Intermediary Liability to Platform Regulation, JIPITEC 2022, 361–380.

*Daum*, Verantwortlichkeit von Online-Portalen nach Art 17 DSM-RL, MR 2019, 229.

*Djeffal*, Soziale Medien und Kuratierung von Inhalten. Regulative Antworten auf eine demokratische Schlüsselfrage, in *Spiecker gen. Döhmman/Westland/Campos* (Hrsg), Demokratie und Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert - zur Macht des Digitalen<sup>1</sup> (2022) 177–198.

*Dreyer/Heyer/Seipp/Schulz*, Die europäische Kommunikations-(Un)ordnung. Mapping der medienrelevanten EU-Rechtsakte und Identifikation von Abhängigkeiten, Schnittbereichen und Widersprüchen (2020).

*Dusollier*, The 2019 Directive on Copyright in the Digital Single Market: Some progress, a few bad choices, and an overall failed ambition, CMLRev 2020, 979-1030.

*Eckert*, Interessengruppen und Recht, Interessengruppen im Recht, dms 2020, 322–343.

*Eisenberger*, Innovation im Recht (2016).

*Ferreau*, Typen von Desinformation und Misinformation. Desinformation aus rechtswissenschaftlicher Perspektive (2020).

*Field-Papuga*, The evolution of liability exemption into algorithmic responsibility, MMR 2022, 453–461.

*Flew/Martin*, Digital Platform Regulation. Global Perspectives on Internet Governance (2022).

*Geiger/Jütte*, Platform Liability Under Art. 17 of the Copyright in the Digital Single Market Directive, Automated Filtering and Fundamental Rights: An Impossible Match, GRUR Int 2021, 517–543.

*De Gregorio/Dunn*, The European risk-based approaches: Connecting constitutional dots in the digital age, CMLRev 2022.

*Grabenwarter/Holoubek/Leitl-Staudinger* (Hrsg), REM 22: Regulierung von Kommunikationsplattformen. Aktuelle Fragen der Umsetzung (2023).

*Griffin/Vander Maelen*, Codes of Conduct in the Digital Services Act: Exploring the Opportunities and Challenges (2023).

*Heißl*, Grundrechtskollisionen. Am Beispiel von Persönlichkeitseingriffen sowie Überwachungen und Ermittlungen im Internet v. 181 (2016).

*Hofmann/Raue/Dregelies/Grisse* (Hrsg), Digital Services Act. Gesetz über digitale Dienste<sup>1</sup> (2023).

*Hohlfeld et al* (Hrsg), Fake News und Desinformation. Herausforderungen für die vernetzte Gesellschaft und die empirische Forschung (2020).

*Holoubek*, Plattformregulierung aus grundrechtlicher Perspektive, in *Grabenwarter/Holoubek/Leitl-Staudinger* (Hrsg), REM 22: Regulierung von Kommunikationsplattformen. Aktuelle Fragen der Umsetzung (2023).

*Holznagel*, Der Konflikt zwischen Art. 15 E-Commerce-RL und pro-aktiven Verhinderungspflichten von Host-Providern. Zugleich Anmerkung zu OHG Wien, Beschluss vom 25.10.2017 - 6 Ob 116/17b, ZUM 2018.

*Husovec*, Mandatory filtering does not always violate freedom of expression: Important lessons from Poland v. Council and European Parliament, Common Market Law Review 2023, 173–198.

*Jarass*, Die Bedeutung der Unionsgrundrechte unter Privaten, ZEuP 2017, 310–334.

*Jørgensen*, Human Rights in the Age of Platforms (2019).

*Kettemann/Schulz/Fertmann*, Anspruch und Wirklichkeit der Plattformregulierung. Kommissionsentwürfe der Rechtsakte zu digitalen Diensten und Märkten, ZRP 2021, 138.

*Kraetzig*, Europäische Medienregulierung - Freiheit durch Aufsicht? NJW 2023, 1485–1490.

*Krokida*, Deciphering article 17 of the digital copyright Directive and its compatibility with freedom of expression and information following Republic of Poland v European Parliament (C-401/19), ELRev 2023, 348–361.

*Krokida*, Supervising The Gatekeepers? An Alternative EU Framework For The Liability Of Internet Intermediaries' for Copyright Infringement, IPQ 2022, 62–79.

*Kühling*, Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz durch Unternehmen und Aufsichtsbehörden bei der Bekämpfung von Hassrede, ZUM 2023, 566–573.

*Kühling*, Die Verantwortung der Medienintermediäre für die demokratische Diskursvielfalt, JZ 2021, 529.

*Lenaerts/Rüth*, Dogmatik des europäischen Grundrechtsschutzes, RdA 2022, 273–280.

*Loi*, Making Sense of the Digital Services Act - How to Define Platforms' Systemic Risks to Democracy (2023).

*Marsoof/Luco/Tan/Joty*, Content-filtering AI systems – limitations, challenges and regulatory approaches, Information & Communications Technology Law 2023, 64–101.

*Merten/Papier/Kucsko-Stadlmayer* (Hrsg), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa<sup>2</sup> (2014).

*Müller-Terpitz*, Filter als Gefahr für die Meinungspluralität? – Verfassungsrechtliche Erwägungen zum Einsatz von Filtertechnologien, ZUM 2020, 365–374.

*Neuvonen*, Between Public and Private: Freedom of Speech and Platform Regulation in Europe, European Public Law 2022, 515–538.

*Peguera*, The Platform Neutrality Conundrum and the Digital Services Act, IIC 2022, 681–684.

*Peukert/Husovec/Kretschmer/Mezei/Quintais*, European Copyright Society – Comment on Copyright and the Digital Services Act Proposal, IIC 2022, 358–376.

*Podszun/Bongartz* (Hrsg), Digital Markets Act. Gesetz über digitale Märkte<sup>1</sup> (2023).

*Pollicino/Bassini/Gregorio*, Internet law and protection of fundamental rights (2023).

*Quintais/Appelman/Ó Fathaigh*, Using Terms and Conditions to apply Fundamental Rights to Content Moderation, German Law Journal 2023, 881–911.

*Quintais/Frosio/van Gompel/Hugenholtz/Husovec/Jütte/Senftleben*, Safeguarding User Freedoms in Implementing Article 17 of the Copyright in the Digital Single Market Directive: Recommendations from European Academics, JIPITEC 2020, 277–282.

*Raji*, Kollisionen der Plattformregulierung des Entwurfs der Kommission zur AVMD-RL mit der geltenden E-Commerce-RL, AfP 2017, 192–196.

*Raue*, "Unberührt" - das Verhältnis von DSA zu DSM-RL und zum Urh-DaG, ZUM 2023, 160.

*Raue/Steinebach*, Uploadfilter - Funktionsweisen, Einsatzmöglichkeiten und Parametrisierung, ZUM 2020, 355–364.

*Rojszczak*, Online content filtering in EU law – A coherent framework or jigsaw puzzle? Computer Law & Security Review 2022.

*Rosati*, What does the CJEU judgment in the Polish challenge to Article 17 (C-401/19) mean for the transposition and application of that provision? The IPKat Blog 2022.

*Ruscheimer*, Re-Subjecting State-Like Actors to the State (2021).

*Schuppert*, Governance und Rechtsetzung. Grundfragen einer modernen Regelungswissenschaft 22<sup>1</sup> (2011).

*Schuster*, Das Kohärenzprinzip in der Europäischen Union (2017).

*Senftleben/Angelopoulos*, The Odyssey of the Prohibition on General Monitoring Obligations on the Way to the Digital Services Act: Between Article 15 of the E-Commerce Directive and Article 17 of the Directive on Copyright in the Digital Single Market, SSRN Journal 2020.

*Spiecker gen. Döhmman/Westland/Campos* (Hrsg), Demokratie und Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert - zur Macht des Digitalen 64<sup>1</sup> (2022).

*Spindler*, The Liability system of Art. 17 DSMD and national implementation – contravening prohibition of general monitoring duties? JIPITEC 2020, 344–374.

*Spoerri*, On Upload-Filters and other Competitive Advantages for Big Tech Companies under Article 17 of the Directive on Copyright in the Digital Single Market, JIPITEC 2019, 173–186.

*Suzor*, Digital Constitutionalism: Using the Rule of Law to Evaluate the Legitimacy of Governance by Platforms, Social Media + Society 2018.

*Treitl/Kopf*, Content Moderation: How Facebook deals with balancing freedom of expression and personality rights - A legal and a discourse analytical perspective, MR-Int 2021, 98.

*Turillazzi/Casolari/Taddeo/Floridi*, The Digital Services Act: An Analysis of Its Ethical, Legal, and Social Implications (2022).

*Weinzierl*, Institutionalizing Parallel Governance, Verfassungsblog 2020.

*Wendehorst/Hirtenlehner*, Die Reform der AVMD-RL aus der Perspektive der NutzerInnen, in *Berka/Holoubek/Leitl-Staudinger* (Hrsg), REM 19: Die Revision der Audiovisuelle- Mediendienste-Richtlinie. Aktuelle Fragen der Umsetzung (2020).

*Wilman*, Two emerging principles of EU internet law: A comparative analysis of the prohibitions of general data retention and general monitoring obligations, Computer Law & Security Review 2022.

*Wilman*, Between preservation and clarification, Verfassungsblog 2022.

*Wilman*, The Digital Services Act (DSA) - An Overview, SSRN Journal 2022.

*Wischmeyer/Meißner*, Horizontalwirkung der Unionsgrundrechte – Folgen für den Digital Services Act, NJW 2023, 2673–2678.

*Woods/Perrin*, Report on online harm reduction - a statutory duty of care and regulator (2019).

*Zurth*, Die neue Ära der Plattformhaftung, ZGE 2022, 357.



## VIII. Zeitplan

	WS 20/21	SS 21	WS 21/22	SS 22	WS 22/23	SS 23	WS 23/24	SS 24	WS 24/25
<b>VO Juristische Methodenlehre</b>									
<b>SE Vorstellung und Diskussion des Dissertationsvorhabens</b>									
<b>SE aus dem Dissertationsfach</b>									
<b>SE freie Wahl</b>									
<b>Umfassende Recherche, Abfassen des Exposés</b>									
<b>Abschluss Dissertationsvereinbarung</b>									
<b>Abfassen der Dissertation</b>									
<b>Abgabe der Erstfassung</b>									
<b>Vornahme von Korrekturen</b>									
<b>Abgabe der Endfassung</b>									
<b>Öffentliche Defensio</b>									